



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

September/2015

www.dkp-koeln.de

Ott und Reker

Gibt es einen Zusammenhang von Oberbürgermeister-Wahl und Kommunalpolitik?

Die Plakattexte von Ott und Reker geben darüber keine Auskunft.

Ott: Köln wird schneller vorwärts kommen - Ich setze gute Ideen um - Ott überzeugt.

Reker: Von unseren Straßen bis zum Grüngürtel: Köln pflegen - Vom Straßenfest bis zur Opernpremiere: Unsere Kultur wertschätzen - Erfahren, kompetent und unabhängig

Beide Kandidaten haben die Haare schön, vermeiden aber politische Inhalte.

Köln wird von sozialen Gegensätzen zerrissen. Aber in der Plakatwerbung von Ott und Reker herrscht Idylle. Uns fehlt hier der Platz, auch nur die drängendsten Fragen aufzuzählen.

Was ist mit der Wohnungsnot? Zwar steigt der Bedarf an bezahlbaren Wohnraum, aber die Zahl der Sozialwohnungen sinkt stetig. Insgesamt bleibt die Bautätigkeit in Köln zurück. Der Kölner Stadtrat hatte im Dezember 2013 drei wohnungspolitische

Maßnahmen beschlossen. Aber städtische wie überhaupt öffentliche Förderung verpufft und sorgt allenfalls für Mitnahmeeffekte bei den Bauherren. Die Stadt verfehlt ihr Ziel von jährlich 1.000 neuen geförderter Mietwohnungen.

In Köln kommt es weiterhin zu Zwangsräumungen, weil die Mieten ständig steigen. Die Nettokaltmiete für eine Drei-Zimmer-Wohnung mit circa 70 m² kostete im Jahr 2006 8,50 Euro pro m², im Jahr 2014 schon 11,30 Euro, das ist eine Steigerung um ein Drittel.

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Welcome to Freedom, S.3
- TTIP & CETA stoppen - am 10. Oktober nach Berlin, S4
- Kooperatives Verfahren Parkstadt Süd, S.6
- Die Krise und Griechenland, S.7

Jede fünfte Kölnerin, bzw. Kölner ist arm. Die Armutsquote bei den Kindern erreicht fast 25%. Jeder zehnte Kölner ist überschuldet. Wie wollen die OB-Kandidaten Reker und Ott damit umgehen? Davon kein Wort.

Was ist mit den städtischen Finanzen? Regelmäßig wird der hohe Schuldenstand beklagt, täglich zahlt die Stadt 750 000 Euro an Zinsen und Tilgung – dabei sind in dieser Summe noch nicht die Kredite berücksichtigt, die in städtische Betrieben ausgelagert sind.

Es erscheinen immer nur die im Stadthaushalt: 2,7 Mrd, insgesamt sind es aber 6,7 Mrd Schulden, fast 7000 Euro pro Einwohner, für die regelmäßig Zinsen aufgebracht werden müssen.

Immer wieder werden Kürzungsmaßnahmen, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen Ausgaben, also Soziales, Kultur und Sport angedroht und umgesetzt. Im OB-Wahlkampf wird darüber geschwiegen.

Tatsächlich ist der hohe Schuldenstand kein Sachzwang, sondern Ausdruck der gewollten Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, die durch die im Zuge des Fiskalpakts ins Grundgesetz eingefügte Schuldenbremse noch verstärkt wird. Die Kommunen kommen damit für die sogenannten Bankenrettungsschirme auf.

Geschwiegen wird auch über die Grundstücks- und Immobilienspekulation in der Stadt. Immer wieder laufen Bauprojekte aus dem Ruder. Weder beim U-Bahn-Bau, der Oper, noch bei der Versenkung des Stadtarchivs ist ihnen der Mut oder auch nur die Absicht zuzutrauen, die Verantwortlichen in der Verwaltung und ihre „Vertragspartner“ aus der Wirtschaft zur Rechenschaft zu ziehen.

Was bedeutet das Schweigen? Mit Ott oder Reker wird die Immobilienspekulation nicht begrenzt. Die Mieten steigen weiter und drängen Mieter aus der Stadt. Der Sparkurs bleibt. Sonst würden sie es sagen.

-Klaus Stein



Die OB-Kandidaten:
Reker: „Perspektiven“
Ott: „Raum und Ideen“

Welcome to Freedom

Stellen Sie sich vor, Sie müssen fliehen. Freihandel, Sparpolitik, Privatisierung und die folgenden Krisen haben ihnen ihre Existenz geraubt, ihre Rentenansprüche mehr als halbiert oder ganz abgeschafft, ihre Schulden verzehnfacht.

Aber vielleicht ist es sogar noch schlimmer: Stellen Sie sich vor, es herrscht Krieg. Ob Bürgerkrieg oder Krieg gegen einen "Schurkenstaat" in ihrer weiteren Nachbarschaft, können Sie sich selbst ausmalen.

Schon an der Grenze verlieren Sie den größten Teil ihres geretteten Geldes. Bestechung, Flucht "hilfe", Raub, jeder will an ihnen verdienen. Im Nachbarland sieht es nicht viel besser aus als zuhause. Keiner will Sie haben, denn Sie kommen als Konkurrent. Armutskapitalist. Man unterstellt Ihnen, dass Sie stehlen, Frauen belästigen, faul sind und Krankheiten einschleppen. Also wohin?

Ihnen bleibt nichts anderes, als der lange Weg übers Meer; dort im Westen liegt das gelobte Land, wohin auch schon die Früchte ihrer Arbeit entschwanden!

Sie wissen: Ihre Chancen dort anzukommen sind fifty-fifty.

Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen wurde das Asylrecht abgeschafft, die Sicherheitsmassnahmen erhöht. Ihnen ist klar: Schaffen Sie es, erwartet Sie als "Krimineller" ein Lager oder Gefängnis, werden Sie nicht vorher von Rassisten ermordet. Die Zustände in den Lagern, die mangelhafte Gesundheitsversorgung, gänzlich fehlende Menschlichkeit, sind Ihnen wahrscheinlich gar nicht bewusst.

Sie stehen da, vor diesem acht Meter hohen Armutsabwehrzaun, verzweifelt, jede Umkehr ausgeschlossen.

Aber Sie kämpfen, wagen das Risiko. Sie kämpfen um ihr Leben und ihre Würde, denn Sie sind ein Mensch.

Sie sind einer von Millionen.

-Walter Stehling CCAA



TTIP & CETA kippen – Am 10. Oktober nach Berlin!

Ein in seiner Breite einmaliges zivilgesellschaftliches Bündnis fordert in einem gemeinsamen Aufruf einen Stopp der Verhandlungen zu TTIP sowie die Nicht-Ratifizierung von CETA. Teil des Trägerkreises sind: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Attac Deutschland, Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Der Paritätische, Deutscher Kulturrat, Foodwatch, Greenpeace, Mehr Demokratie, Naturfreunde Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU), OXFAM, Umweltinstitut München, WWF.

Die seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen der USA mit elf anderen Pazifikanrainern über das transpazifische Gegenstück zu TTIP, TPP (Transpazifische Partnerschaft), sind vorerst geplatzt. Nach vier Tagen gingen die Teilnehmer am Freitag, den 31. August in Hawaii ohne Ergebnis auseinander. Sie nannten auch kein Datum für eine weitere Gesprächsrunde. Neben den USA verhandeln unter anderem Australien, Japan, Vietnam und Singapur. China, das nicht an dem Projekt beteiligt ist, strebt ein ähnliches Freihandelsabkommen an, dem jedoch die USA nicht angehören sollen. Eine gute Nachricht auch für die TTIP-Gegner? Ja und Nein. Auf der einen Seite ist es gut, dass die Verhandlungen gegenwärtig nicht vorwärtskommen. Auf der anderen Seite kann diese Situation dazu führen, dass die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen noch mehr beschleunigt werden, um damit in den innerimperialen Auseinandersetzungen über die Vorherrschaft auf den Weltmärkten die Position der transnationalen Konzerne und Investorengruppen aus den Ländern der EU zu

verbessern.

Die Eliten der EU nehmen zur Kenntnis, dass fast 2,5 Millionen Menschen die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative unterschrieben haben. Den TTIP-kritischen Organisationen ist es gelungen, ein gut funktionierendes europäisches Netzwerk aufzu-bauen.

Hier werden Aktionen und Proteste über Staatsgrenzen geplant und organisiert. Die TTIP-kritischen Bewegungen müssen sich aber noch mit anderen Protesten vernetzen. Hier gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die systematische Zerstörung der peripheren Länder der EU, wie Griechenland, Portugal oder Spanien, oder das ökonomische Zurückdrängen der französischen oder italienischen Einzelkapitale hat die gleichen Ursachen: Die Herrschenden in den ökonomi-

**STOP
TTIP
CETA**

**SA. 10. OKT. 12 UHR BERLIN/HBF
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!**

DEMO
WWW.TTIP-DEMO.DE

schen Zentren versuchen, ihre Wettbewerbspositionen gegenüber der Peripherie weiter zu verbessern.

In dem Bündnis für eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative sind mehr als 480 Organisationen aus allen 28 EU-Staaten zusammengeschlossen. Gemeinsam haben sie die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA durchgeführt. In 22 der 28 Mitgliedsstaaten der EU wurde das von der EU-Kommission vorgeschriebene Quorum überschritten.

In Köln ist es das Kölner Bündnis gegen TTIP, in der auch die DKP Köln aktiv ist.

Der bisher größte Erfolg: Unser Bürgerantrag sollte in der Ratssitzung vom 24. März 2015 die Grundlage für einen Resolutionstext bilden, der von einer große Mehrheit des Kölner Stadtrates befürwortet wurde. Der Rat der Stadt Köln fordert in diesem Beschluss die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA abzulehnen und die Verhandlungen zu den Abkommen TTIP und TiSA zu stoppen, sofern wesentliche Bedingungen, wie der Schutz der kommunalen Organisationsfreiheit und Selbstverwaltung und der vollständige Verzicht auf spezielle Investorenschutzregelungen und Schiedsgerichte, nicht erfüllt werden. Damit haben wir einen großen und wichtigen Erfolg erzielt:

Köln erklärt sich als erste Millionenstadt Deutschlands offiziell zur TTIP-freien Zone!

Der Widerstand gegen TTIP und CETA hat hier eine ähnliche Dimension erreicht, wie in der Hochphase der Friedensbewegung oder der Anti-Atom-Bewegung. Der neuesten Ausgabe von Eurobarometer¹ zufolge sind 51% der Deutschen gegen TTIP, während nur noch 31% dafür sind.

Wir wollen am 10. Oktober ein Zeichen gegen die neoliberale Freihandelspolitik der EU-Kommission und der Bundesregierung setzen. Unter dem Motto „STOP TTIP, CETA – für einen gerechten Welthandel“ werden wir gegen diese falsche Politik der neoliberalen Eliten auf die Straße gehen. Zur Demonstration werden fünf Sonderzüge organisiert, es werden zwischen 400 und 450 Busse erwartet. Es steht auch ein Sonderzug zum 10.10. über Köln nach Berlin zur Verfügung.

Es ist wichtiger denn je, unseren Widerstand gegen TTIP, CETA und die anderen Freihandelsabkommen sicht- und hörbar auf die Straße zu tragen!

Weitere Informationen:
<http://ttip-demo.de/home>

¹ Eurobarometer ist der offizielle Statistikreport der EU-Kommission

Kooperatives Verfahren Parkstadt Süd

Die zukünftige Parkstadt Süd verläuft entlang des südlichen Eisenbahn-rings, von der Luxemburger Straße bis zum Rheinufer, und beinhaltet die Vollendung des Grüngürtels. Bebaut werden das Großmarktgelände und die ehemalige Dombrauerei.



Zur Eröffnung des Kooperativen Verfahrens erkundeten am 18 April interessierte Bürger das Gelände. Fünf weitere Themenabende folgten im Mai und Juni. Das Kooperative Verfahren wird im September, mit der Präsentation von Bürgerideen und den Vorentwürfen beauftragter Planungsbüros, beendet. Ein Lenkungsgremium, bestehend aus Vertretern der Politik, Verwaltung und Planungsbüros, wird den weiteren Planungsprozess begleiten. Bürger können ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen.

Im Vorfeld wurde von der Verwaltung die Realisierung des Grüngürtels von den Grundstückserlösen abhängig gemacht. Merkwürdig, denn die erforderlichen Grundstücke gehörten schon überwiegend der Stadt und dem Land, oder wurden von einer DB Tochter erworben.

Bei dieser Konstellation sollte man

moderate Grundstückspreise erwarten. Doch für den Erwerb des Bahngeländes sollen Preise oberhalb von 600 €/m² bezahlt worden sein. Der überteuerte Ankauf des Dombrauerei-Geländes, durch den NRW Liegenschaftsbetrieb BLB, hatte ein Korruptionsverfahren ausgelöst.

Niedrige Grundstückspreise sind jedoch Voraussetzung für den Bau von bezahlbarem Wohnraum. Dies war ein heißes Eisen in den Themenabenden, denn das Kooperative Baulandmodell Kölns, mit einem 30% Sozialwohnungsanteil, wurde als ungenügend angesehen. Denn statt Sozialwohnungen werden vorwiegend teure Eigentumswohnungen (Preis bis zu 5500 €/m²) gebaut und im Kölner Süden sträubt sich der Bauwens Adenauer Konzern beharrlich, bei zwei Bauobjekten den 30% Sozialwohnungsanteil zu realisieren.

In Köln muss unabhängig von dem Lenkungsgremium, Druck aufgebaut werden. Nur die federführende Bebauung durch das städtische Wohnungsunternehmen GAG und Baugenossenschaften, bietet eine Garantie für bezahlbaren Wohnraum.

- Hans Peter Arenz

Die Krise und Griechenland

Höher als die Schulden Griechenlands (317% des BIP) sind die von Portugal, Belgien und den Niederlanden.

Das geht aus einer Untersuchung der Unternehmensberatung McKinsey hervor. Danach betragen die Schulden der 47 reichsten Länder insgesamt 199 Billionen Dollar (=175 Billionen Euro). Das ist dreimal so viel wie ihre Wirtschaftsleistung. Seit 2000 hat sich die Summe verdoppelt. Von den 199 Billionen entfallen 40 Billionen auf Privathaushalte, 56 auf Unternehmen, 58 auf Regierungen, 45 auf Finanzinstitute.

Es sind Vermögensansprüche. Die Gläubiger erwarten Zinsen und Tilgung. Diese Vermögensansprüche werden nicht kleiner. Sie wachsen und drohen, uneinbringlich zu werden. Insbesondere die Finanzinstitute der USA und Deutschlands haben ihre faulen Kredite auf den Fiskus überwälzt. USA steht mit einer Schuldenquote von 233% auf Platz 16, die Bundesrepublik mit 188 % auf Platz 24 der 47 reichsten Länder.

Aber auch in Griechenland kommt der Trick mit der Abwälzung der privaten Schulden auf den Fiskus zur Anwendung. Die faulen Kredite der Banken werden verstaatlicht. Insofern konnte Schäuble ganz gelassen pokern. Im schlimmsten Fall zahlt die Öffentliche Hand.

Anfang des Jahres las man in der FAZ: „Die Gesamtschuld Griechenlands

liegt derzeit bei rund 320 Milliarden Euro. Davon befinden sich 260 Milliarden Euro, also 80 Prozent, in der Hand öffentlicher Gläubiger.“



Gegen Griechenland wird ein mörderisches Exempel statuiert. Widerstand gegen die Austeritätspolitik soll als aussichtslos erfahren werden. Gegenüber der Ukraine wird ganz anders verfahren. Trotz riesiger Schulden wird sie nicht unter Druck gesetzt. Die mit Faschisten durchgesetzte Regierung ist gefügig. Das Land erhält endlos Kredite und Waffenhilfe. Ende Juni beschlossen die NATO-Verteidigungsminister die Aufstockung der Eingreiftruppe Response Force von 13 000 auf 40 000 Mann, ihre gegen Russland gerichtete Speerspitze mit 5000 Soldaten, derzeit von der Bundesrepublik und den Niederlanden geführt, soll innerhalb von wenigen Tagen im Krisengebiet einsatzbereit sein.

Die Berge von fiktivem Kapital sind offenkundig uneinbringlich. Ein Schuldenschnitt wäre sinnvoll. Stattdessen droht Kapitalvernichtung mittels Krieg.

- Richard



22. August 2015. Heute müssen wir nicht auf die amphibischen Eigenschaften des Freidenkerzentrums zurückgreifen. Denn es herrscht herrliches Wetter! Und es gibt reichlich: Wein, Bier (Alt und Kölsch), Salate, Grillgut, Kuchen und Kaffee – und Gäste. Mit Paco und Madeleine kommt Musik. Horst spricht eigene Texte. Walter liest aus dem kummenistischen Manifest. Klaus tadelt in seiner kurzen Ansprache die OB-Kandidaten Ott und Reker wegen ihrer nichtssagenden Plakatwerbung. Keine der drängenden sozialen Fragen in Köln kommt vor: bezahlbarer Wohnraum, Kürzungen, Armut.

Er erinnert an den Umgang von EU-Institutionen und Finanzkapital mit Griechenland. Kein Vergleich mit den Auf-

merksamkeiten gegenüber dem Ziehkind Ukraine! Auch in Griechenland herrschen Oligarchen. Hier sind es die Reeder, die über die größte Handelsflotte der Welt verfügen und keine Steuern zahlen. Griechen und Ukrainer verarmten. Aber um Geld muss sich die hochverschuldete Ukraine nicht sorgen, solange sich die mit Faschisten durchgesetzte Regierung an Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen der NATO beteiligt.

Wolfgang hat griechischen Wein gestiftet, Petra griechischen Salat bereitet. Andere bringen Kuchen. Beifall gibt es für die Forderung nach Solidarität mit dem griechischen Volk. Abends zieht sich das Aufräumen. Da stehen sie alle noch rum un schwade!

Unser nächster Gruppenabend:

**3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dgp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Stein, Bayenstraße 11, 50670 Köln